

Antrag
der Föderalistischen Union (BP-Z)

betr. Dreizehntes Monatseinkommen.

Der Bundestag wolle beschließen:

Die Bundesregierung wird ersucht, allen aktiven und inaktiven Beamten sowie den versorgungsberechtigten Witwen und Waisen und den Angestellten des öffentlichen Dienstes ein dreizehntes Monatseinkommen zu gewähren. Einzubeziehen sind die 131er aktiven und inaktiven Beamten und deren versorgungsberechtigte Hinterbliebene.

Bonn, den 24. April 1952

Pannenbecker Dr. Decker
und Fraktion